

## **PRESSEINFORMATION**

Wien, 15. Mai 2025

# **Umfrage zur EU-Agrarpolitik: Was Konsument:innen wollen**

Europäische Verbraucherorganisation BEUC erhob in acht Ländern Wissensstand und Erwartungen

Was wissen Konsument:innen über die gemeinsame Agrarpolitik der EU und wofür sollen die Agrarsubventionen aus Sicht der Konsument:innen vorrangig eingesetzt werden? Diesen Fragen ging die europäische Verbraucherorganisation BEUC (Bureau Européen des Unions de Consommateurs) nach, deren Mitglieder der Verein für Konsumenteninformation (VKI) und die Arbeiterkammer (AK) sind. Anfang des Jahres wurden rund 8.000 Konsument:innen aus acht europäischen Ländern – darunter 1.000 aus Österreich – unter Beteiligung von AK und VKI befragt. Als am wichtigsten wurden dabei die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und leistbare Preise, aber auch die Verringerung von Pestiziden und Antibiotika sowie die Förderung von Tierwohl erachtet. Eine Mehrheit der Befragten gab zudem an, dass Agrar-Förderungen der EU – ausschließlich – für die Produktion von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln vergeben werden sollten.

### **Ernährungssicherheit und Leistbarkeit von Lebensmitteln**

Die Erhebung der BEUC fand online vom 21. Jänner bis zum 10. Februar 2025 in acht europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Österreich) statt. Befragt wurden rund 8.000 Verbraucher:innen im Alter von 18 bis 74 Jahren, davon 1.000 in Österreich.

Wichtigstes Anliegen der Befragten ist, dass mit der EU-Agrarpolitik und deren Förderungen die Ernährungssicherheit gewährleistet wird (gesamt: 85 Prozent/Österreich: 84 Prozent). An zweiter Stelle der Umfrage liegt die Leistbarkeit von Lebensmitteln (gesamt: 82 Prozent/Österreich: 73 Prozent). Jede:r Sechste in Österreich ist allerdings der Ansicht, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde (gesamt: 29 Prozent/Österreich: 16 Prozent). Rund ein Drittel der Befragten gab zudem an, beim Lebensmittelkauf finanzielle Schwierigkeiten zu haben (gesamt: 34 Prozent/Österreich: 32 Prozent).

### **Förderung von Tierwohl – Weniger Antibiotika und Pestizide**

Eine große Mehrheit der Befragten spricht sich dafür aus, dass EU-Subventionen an die Verbesserung von Tierwohl gekoppelt sein sollten (gesamt: 81 Prozent/Österreich: 81 Prozent). Die Befragten in Österreich wären zudem bereit, mehr für tierwohlgerichte Lebensmittel auszugeben. Damit liegt Österreich deutlich über dem Länderschnitt (gesamt: 76 Prozent/Österreich: 84 Prozent).

Rund drei Viertel der österreichischen Befragten ist es außerdem wichtig, dass mithilfe der EU-Förderungen der Einsatz von Pestiziden und Antibiotika reduziert wird (gesamt: 81 Prozent/Österreich: 74 Prozent).

### **Gesunde und nachhaltige Lebensmittel fördern**

72 Prozent der Befragten gesamt sowie 67 Prozent der Befragten in Österreich sind der Ansicht, dass Agrarsubventionen der EU dazu genutzt werden sollten, um Nachhaltigkeit zu fördern bzw. Biodiversität zu bewahren. Eine Mehrheit ist darüber hinaus der Ansicht, dass EU-Förderungen – ausschließlich – für die Produktion von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln vergeben werden sollten (gesamt: 60 Prozent/Österreich: 66 Prozent).

### **Kaum Wissen über die GAP**

Der Wissenstand der Österreicher:innen über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union fällt im Ländervergleich am schlechtesten aus: 37 Prozent (gesamt: 23 Prozent) haben noch nie davon gehört. Nur 4 Prozent der Befragten in Österreich sind hingegen der Ansicht, mit den Details der GAP vertraut zu sein. Dieser Wert liegt im Länderschnitt bei 11 Prozent.

Durch Direktzahlungen, Marktmaßnahmen und Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums soll die 1962 eingeführte GAP als zentrales Instrument zur Stabilität landwirtschaftlicher Betriebe und zur Stärkung ländlicher Regionen beitragen. Sie wird aus den Mitteln des EU-Haushalts auf europäischer Ebene finanziert und verwaltet. Die aktuelle Rahmenvereinbarung läuft noch bis 2027.

**SERVICE:** Weitere Informationen zu diesem Thema gibt es online auf [www.vki.at/BEUC-GAP-2025](http://www.vki.at/BEUC-GAP-2025).

### **RÜCKFRAGEHINWEIS FÜR MEDIANFRAGEN:**

VKI-Pressestelle, Tel.: +43 676 852270 256, E-Mail: [presse@vki.at](mailto:presse@vki.at)